

Nebröer Anzeiger

Amthliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebrö

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köhlen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köhlen.
Geschäftsstelle in Nebrö: Frau Kaufmann Weig, Markt 24/25.
Fernsprecher: Amt Köhlen Nr. 221. — Postkassenamt: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 2 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restanteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkassa Nebrö — Bankverein Witten.

Nr 88

Sonnabend, den 26. Juli 1930

43. Jahrgang

Um die Durchführung der Osthilfe. Verhandlungen zwischen Reich und Preußen.

Berlin, 24. Juli.

Zwischen den Reichsregierungs- und den Preussischen Regierungen fanden Verhandlungen über die Durchführung der Osthilfe statt. Es sind eine Reihe von Klären aufgestellt worden, über die eine Einigung herbeigeführt werden muß, und zwar wird u. a. erreicht:

den Volkswirtschaftsdruck

allein durchzuführen. Es wird erörtert, den Volkswirtschaftsdruck über die bisher in die Osthilfe einbezogenen Gebiete noch mehr zu ausdehnen. Das wäre ein sehr gefährlicher Plan, insbesondere dann, wenn der Volkswirtschaftsdruck allein durchgeführt wird, ohne daß die Betriebsversicherungen und die Umhüllungsgebühren wirksam werden.

Bei den Reichsregierungsberathungen ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß alle Maßnahmen ein Gesetz bilden müssen und daß beratliche Einzelmaßnahmen eher eine Gefährdung als eine Hilfe für die bedrohten Ostgebiete bedeuten.

Bei den Umhüllungsgebühren muß die finanzielle Frage noch geklärt werden, und zwar will man hier zu rückgehen auf die noch offenen Rechte der Bauern. Das ist aber nur möglich, wenn Preußen und die Provinz sich an der Aktion beteiligen. Die Provinz Preußen hat sich aber als leistungsmächtig erwiesen, und es wird deswegen die Hilfe von der Preussischen Staatsregierung erwartet. Mit der Rentenbank-Kreditanstalt ist Fühlung genommen worden, damit die Kredite beschafft werden können.

Auf Grund des Artikels 48 läßt sich die finanzielle Frage aus tatsächlichen Gründen nicht lösen, da die Banken einer solchen Regelung wenig Vertrauen entgegenbringen würden. Auch die Hilfsansprüche kann auf Grund des Artikels 48 nicht erfüllt werden, doch wird es kaum Schwierigkeiten machen, die auch jetzt notwendige Einwirkung der Kreditstellen vorzunehmen, da ja diese Stellen an sich nicht erfüllt sind.

Neben dem Volkswirtschaftsdruck wird es dann aber auch notwendig sein, die Kleinbauern-Kredite weiterzuführen und die Förderung der Anliegererhebung fortzusetzen. Insbesondere müssen von den bewilligten 15 Millionen für Kleinbauern-Kredite die noch fehlenden 6 Millionen den deutschen Kleinbauern im Osten zur Verfügung gestellt werden.

Reichsfonds und Länderinteressen.

Die Verwendung zu Kultuszwecken.

Berlin, 25. Juli.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Gesamtsübersicht über die Verwendung der von der Reichsregierung verwalteten Fonds vorgelegt, an deren Verteilung die Länder ein Interesse haben. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß:

zur Förderung der Theaterkultur

im Jahre 1929 320 000 Mark gezahlt wurden, zur Förderung der künstlerischen Handwerkskulturen 50 000 Mark. An wissenschaftliche Institute sind 228 000 Mark gezahlt worden. Weitere Summen wurden:

für wissenschaftliche Einzelaufgaben

zur Verfügung gestellt. An besonders hohe Zuwendungen geleistet worden für die Deutsche Orient-Gesellschaft zur Bearbeitung der Ergebnisse der mesopotamischen Ausgrabungen sowie für die deutsche Landesgruppe der Internationalen Sindiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff.

Zur künstlerischen Bekämpfung

von allgemeiner Bedeutung wurden 164 000 Mark zur Verfügung gestellt, an künstlerische Verbände und Heimatschutzverbände rund 100 000 Mark. Schul- und Erziehungsziele erforderten 124 000 Mark, für Volkshilfsmaßnahmen 68 000 Mark zur Verfügung gestellt, und 190 000 Mark dienen zur Unterhaltung von Sonderberühmungen zur Förderung Begabter außerhalb der üblichen Bildungsgänge. Eine bunte Reihe von Verbänden ist aus dem Fonds in Höhe von 1 Million Mark:

zur Förderung des Tanz- und Sportlebens

unterstützt worden, darunter der Bund Freier Sozialistischer Jugend, der Verein Deutscher Pfadfinderinnen, der Verein Marinejugend Vaterland, ein Deutscher Republikanischer Pfadfinderverband, ein Bund Jungdeutscher, Deutsche Jugendkraft, ein Verband Eisenbahn, ein Bund Jungdeutscher, insgesamt eine Fülle von Verbänden, die die Zerstreuung innerhalb der deutschen Jugend deutlich aufzeigt. Zur Bekämpfung der

Nachstände der deutschen Kunst

wurden 225 000 Mark ausgeworfen. Zur Unterhaltung der Erhaltung von Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung wurden 400 000 Mark gezahlt. Es wurden u. a. bezahlt die Dome in Bam, Münster, Regensburg, Köln, Speyer und Worms und die Münster in Ulm und Freiburg. Außerdem die St.-Lorenz-Kirche in Nürnberg und der Zwinger in Dresden.

Größere Ausgaben auf soziale Gebiete hat dann das Reichsarbeitsministerium aus seinem Fonds geleistet. Das Ernährungsministerium stellte u. a. zur Verfügung 3 Millionen Mark für das landwirtschaftliche Fortschritts-

An den Gemälde-Kulturfilm wurden aus diesem Fonds 1.4 der gezahlt zur Herstellung eines Lehrfilms über die Zukunft des deutschen Acker- und Wiesensodens. Als Beiträge zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbildung und zur Einwirkung von Verfassungen wurden 1,9 Millionen Mark gezahlt.

Die Notmaßnahmen des Reiches.

Ein Interview Dr. Brüning's.

Berlin, 25. Juli.

Reichsminister Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der „New York Times“, Herrn Emberris, Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Die angepöbelte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die geschätzten Einnahmen des Reichshaushaltes werden nicht erreicht, die Ausgaben aber, im wesentlichen durch die Beiträge der Arbeitslosenversicherung, geleistet. Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der unerschütterlichen Sanierung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und an der Tilgung der schwebenden Schuld im geschäftlich festgelegten Umfang.

Diese Politik ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Durch die Weisheit der deutschen Parteien ist es erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Ueber-einstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber umso härter abgelehnt werden.

Deshalb war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Beratung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu sichern. Sie hat dabei zu dem Vorhaben der Reichsregierung entschieden, über den vielfach im Ausland keine Klarheit besteht. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Art. 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich seine Form. Mit den Theorien der Diktaturanhänger hat er nicht das geringste zu tun.

Der Art. 48 ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Auch die Verfassungen der übrigen deutschen Länder kennen ähnliche, allerdings klarere Bestimmungen.

Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unerschütterlich dem deutschen Reichstag vorgelegt und sie ausgehoben, nachdem eine Mehrheit des Reichstages dies verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates, an das Volk appelliert, um sein Urteil eingeholen.

Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unerschütterlich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenwirkenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Konservative Volkspartei.

Einigung zwischen Westarp und Treitannus.

Berlin, 25. Juli.

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetretenen Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben

zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftritt an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Zuschuß übernommen, der aus den Herren S a b e r m a n n, D a m e t e, von Lettau-Lorbed, von Lindner-Wildau, Dr. Rademacher und Treitannus besteht.

In dem Gründungsauftritt

der neuen konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Einfluß konservativer Kräfte vermindert und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkstrost nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung.

Unser Staat soll wieder ein mehrheitlicher Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte in die Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer gemäßigten Nation einzusetzen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der konservativen Volkspartei.

Treitannus voraussichtlich der Führer.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Distanzierung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Neuerung geht hervor, daß Graf Westarp

die Führung der neuen Partei nicht übernehmen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitannus gewählt werden.

Landvolkspartei!

Eigene Kandidaten des Landvolkes.

Berlin, 24. Juli.

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Landvolkspartei kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik von in sich uneinigen und Uebernahme der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird.“

Der Bundesvorstand des Reichslandvolkes hat deshalb beschlossen, unter bewußter Ablehnung der bisher geübten Methode, für die kommenden Wahlen eine Mitgliebereinigung, der Sammelparole des Reichslandvolkes zu folgen, sondern es die seitlichen Verhältnisse irgend zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkslisten in allen Provinzen und Ländern. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolksorganisation gegenüber jedem Parteigeilde oberstes Gebot!

Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Fahne in den Wahlkampf marschiert, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen.“

Wie wir erfahren, wird der Beschluß des Reichslandvolkes, eigene Landvolkslisten aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Rechte“, von deren Bildung in den letzten Tagen sowie die Rede war. Eine Dachlisten-gemeinschaft zwischen Land- und Stadtwahl wird nunmehr als ausgeschlossen bezeichnet. Die neue Landvolkspartei wird umfassen die Christlich-nationalen Bauern und die Gruppe Schiele-Richtigen und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Anteilnahme fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlich-nationalen Bauern übergehen will.

Der Beschluß, den der Bundesvorstand des Reichslandvolkes am Dienstag gefaßt hat, bringt keine Uebererhöhung, aber er bestätigt die Erwartung, daß die deutschnationale Gruppe Jugenders im Wahlkampf von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hat. Der Reichslandvolk erstreckt die Bildung einer großen, in sich geschlossenen Agrarpartei und fordert zur Unterstützung der Landvolkslisten auf. Der Reichslandvolk selbst betont, daß er keinen Charakter als berufständische Organisation beibehalten und nicht selbst Partei werden will. Für die parteimäßige Erhaltung der Kreise, deren Sammlung er sich zur Aufgabe macht, kommt also nicht in erster Linie die Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei in Frage. Ueber die Aufnahme einer Reichslandvolkspartei in die Gruppe der deutschnationalen Abgeordneten macht der Aufruf des Reichslandvolkes noch keine Andeutungen, aber die ganze Tendenz dieses Aufrufs läßt Zweifel darüber aufsteigen, ob hier wirklich die Möglichkeit einer fruchtbarer Zusammenarbeit mit den Kreisen gegeben ist, die auf die Schaffung einer konservativen Partei hinarbeiten. Die klare Betonung des berufständischen Charakters in dem Aufruf des Reichslandvolkes könnte eher zu der Erwartung führen, daß sich zwei neue Gebilde entwickeln werden, eine agrarisch orientierte berufständische und die dann verbunden müßten, die Brücke zwischen sich und den übrigen rechtsorientierten Gruppen zu finden.

Die Reichseinnahmen im Juni 1930.

66 Millionen weniger als im Mai.

Berlin, 24. Juli.

Im Monat Juni 1930 betragen die Einnahmen bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 294,9 Millionen Mark, bei den Zöllen und Verbrauchssteuern 214,0 Millionen Mark, insgesamt 508,9 Millionen Mark. Gegenüber dem Monat Mai ist im Juni das Aufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer um 36,0 Millionen Mark, aus der Körperschaftsteuer um 8,1 Millionen Mark und aus der Umsatzsteuer um 21,6 Millionen Mark geringer. Diese Mindereinnahmen sind darauf zurückzuführen, daß im Mai noch größere Beträge aus den vierteljährlichen Vorauszahlungstermin vom 10. April eingegangen sind.

Natügemäß sind die Einnahmen aus der Vermögenssteuer im Juni ebenfalls geringer als im Mai, nämlich um 68,7 Millionen Mark, weil am 15. Mai ein Zahlungstermin für diese Steuer war, der im Juni fehlte. Hauptächlich infolge des Rückganges der Erhaltenen an Lohnsteuer für 1929 die im Juni 1,1 gegenüber 5,6 Millionen Mark im Mai betragen, sind im Juni an Lohnsteuer 5,6 Millionen Mark mehr aufgetrieben als im Mai. Auch der Steuerabzug vom Kapitalertrag erbrachte im Juni 5,5 Millionen Mark mehr als im Mai. Die Einnahmen aus den übrigen Zöllen und Verbrauchssteuern weichen nur unerheblich von denen im Mai ab.

An Zöllen und Verbrauchsabgaben sind im Juni 8,3 Millionen Mark mehr aufgetrieben als im

Mai. Aus dem Spiritusmonopol bagehen sind 22 Millionen Mark weniger als im Mai aufgenommen. Dieses Mehr- und Mindereinkommen beruht hauptsächlich auf den saisonmäßigen Schwankungen des Verbrauchs.

Nummernfolge der Reichswahlvorschlüge

Berlin, 25. Juli.

Der Reichsminister des Innern hat mit Zustimmung des Reichsrats für die Benummerung der Reichswahlvorschlüge folgende neue Bestimmungen in der Reichsformordnung getroffen:

- 1) Die Nummernfolge für die Reichswahlvorschlüge der Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, oder zu denen sich Abgeordnete des letzten Reichstags bekannt haben, werden vom Reichsminister des Innern festgelegt. Hierbei gelten folgende Regeln:
 - a) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag entsandt haben, werden zuerst aufgeführt, und zwar in der Reihenfolge der Stimmenzahl, die sie bei der letzten Reichstagswahl erhalten haben.
 - b) Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, zu denen sich aber Abgeordnete des letzten Reichstags bei Schluss der Wahlperiode oder im Zeitpunkt der Auflösung des Reichstags bekannt haben, erhalten die anschließenden Nummern in der Reihenfolge der Zahl ihrer Abgeordneten. Abweichend ist das beim Reichstag geführte Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags.
 - c) Bei gleicher Stimmenzahl (Fall a) oder bei gleicher Abgeordnetenzahl (Fall b) entscheidet die Reihenfolge der Parteien nach den Einheits-ABG-Regeln.
- 2) Reichen Parteien, die nach Ziffer 1 eine Nummer erhalten haben, Reichswahlvorschlüge nicht ein, so fallen ihre Nummern aus.
- 3) Reichswahlvorschlüge von Parteien, die Abgeordnete in den letzten Reichstag nicht entsandt haben, und zu denen sich auch Abgeordnete des letzten Reichstags nicht bekannt haben, erhalten die an die Nummernfolge des Reichsministers des Innern (Ziffer 1) weiter anschließenden Nummern in der Reihenfolge, wie die Reichswahlvorschlüge beim Reichsminister eingehten.

Hilftritt des bayerischen Landwirtschaftsministers

München, 25. Juli.

Der bayerische Landwirtschaftsminister Dr. Febr hat an den Ministerpräsidenten Dr. Held folgendes Schreiben gerichtet: „Herrn Präsidenten, ich habe am 22. Juli meinen Rücktritt vom Amt des Staatsministers für Landwirtschaft und Arbeit zurückgelegt, um neue Verhandlungen der Parteien zu ermöglichen. Die Verhandlungen haben zu keinem Erfolg geführt. Ich sehe mich deshalb veranlasst, meine Rücktrittserklärung vom 21. Juli 1930 nunmehr zu übermitteln.“

Französischer Kummer ...

... der jeglicher Berechtigung entbehrt.

Paris, 25. Juli.

Das „Echo de Paris“, das bekanntlich dem französischen Generalstab nahesteht, erinnert im Zusammenhang mit den bevorstehenden deutschen Herbstmanövern daran, daß der französische Militärattaché in Berlin zu den Wandernern nicht eingeladen worden ist. Der Reichsminister hat damals diese Spaltung damit begründet, daß ein Teil des Reiches noch von französischen Truppen besetzt sei.

Da dieses Beweismittel im September keinerlei Bedeutung mehr habe, würde es interessant sein, zu erfahren, so schreibt das Blatt, ob der französische Militärattaché auch weiterhin auf dem Indez bleibe.

• Zu dieser Meldung wird von zuständiger Seite mitgeteilt, daß irgenwelche Einbindungen an ausländische Militärattachés zum Besuch der deutschen Herbstmanöver bis zur Stunde nicht ergangen sind, so daß den französischen Verhandlungen jedwede sachliche Grundlage fehlt.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Bedingungen für Auftragsvergebung des Staates.

Berlin, 25. Juli.

Das Reichsstatistikamt hat beschlossen, den Firmen, die durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zu jugliche Aufträge erhalten, folgende Verpflichtungen aufzuerlegen:

1. Die Firmen müssen sich verpflichten, die fraglichen Aufträge ohne Unterbrechungen auszuführen. Es soll Sorge dafür getragen werden, daß ausreichende Vorräte für den Fall der Arbeitslosigkeit, die sie zur Erledigung der juglichen Aufträge einhalten, von den Arbeitsskizzen nachweisen zu lassen.
 2. Die Firmen müssen sich verpflichten, für die juglichen Aufträge nur inländisches Material zu verwenden, falls dieser Verwendung nicht aus technischen Gründen oder aus Gründen der Preisgestaltung unabwehrliche Hindernisse entgegenstehen.
- Reichsstatistikamt und Reichspost haben sich bereit erklärt, ihren Lieferanten die vorstehenden Verpflichtungen aufzuerlegen. Auch für das jugliche Wohnungsbauprogramm sind entsprechende Anordnungen an die Länderregierungen ergangen.

Vertragsbruch in Kowno.

Ein kausaler Anschlag auf die Memelkonvention.

Kowno, 24. Juli.

Das Ministerkabinett wird auf Vorschlag des Justizministers drei Gesetze annehmen, durch die im Falle eines Widertrittes der Memelkonvention mit inermittlungen Gesetzen das Lebergewicht des kausalen Standpunktes auf gegenseitig Wege festgelegt wird.

Das eine Gesetz überlegt dem von der Zentralregierung ernannten Gouverneur die Aufsicht über die richtige Anwendung der Gesetze im Grenzgebiet, wobei die Möglichkeit für die memelländischen Beamten die Entsendung vom Dienst durch einen Erlaß des Staatspräsidenten nach sich zieht. Dem Landtag wird die Pflicht auferlegt, nur dem Gouverneur erwünschte Gesetze zu erlassen und im Weigerungsfalle der Zentralregierung das Recht gegeben, diese Gesetze ohne Landtag zu erlassen. Gegen solche Maßnahmen und Erlasse des Staatspräsidenten und der Zentralregierung steht dem memelländischen Direktorium das Recht der Berufung an eine neu zu gründende Instanz zu, doch werden die Maßnahmen durch den Einspruch nicht aufgehoben.

Das Berufungsgericht, das sich aus dem Staatspräsidenten zu ernennenden Mitgliedern des Obersten Gerichts zusammensetzt, entscheidet, ob die Erlasse der Zentralregierung zu Recht bestehen. Wegen die Entscheidungen dieses Gerichts, gibt es keine Berufung. Des weiteren wird be-

stimmt, daß Zuständigkeitskonflikte zwischen kausalen und memelländischen Gerichten vom Obersten Gericht in Kowno ebenfalls ohne Berufungsmöglichkeit entschieden werden.

Die von den Siegermächten dem abgetrennten Memelland zugewandene Selbstverwaltung, die sogenannte „Memel-Konstante“, wird durch diese Gesetze aufgehoben, soweit diese der Zentralregierung nicht befreit. Die Memel-Konstante sollte die Grenze festlegen, bis zu welcher die kausale Regierung in ihren Maßnahmen gehen kann. Die Konvention, von den Großmächten garantiert, sollte das Memelgebiet gegen kausale Lebergriffe schützen. Jetzt wird die Konstante den kausalen Gesetzen untergeordnet. Diese Entscheidung hat der kausale Justizminister Dr. Jannus schon angekündigt, als er auf der Konferenz der Regierungsparteien erklärte, daß Litauen in Memelgebiet gezwungen sein werde, sich in verschiedenen Fragen über die Konstante hinwegzusetzen.

Aus dem In- und Auslande.

Steuerfreiheit für Verfassungsgesellen.

Berlin, 25. Juli. Veranlassungen, die am 11. August aus Anlaß und zu Ehren des Verfassungstages unternommen werden, sind von der Vermögenssteuer befreit. Die Befreiung hängt also davon ab, daß es sich um eine Veranstaltung am Verfassungstage selbst handelt, daß sie durch ihn veranlaßt ist und ihm zu Ehren stattfindet. Nur wenn alle drei Voraussetzungen zuzutreffen, besteht das Recht auf Steuerfreiheit.

Notverordnung gegen das Waffengesetz.

Berlin, 25. Juli. Das Reichsstatistikamt ist im Laufe des Donnerstagmorgens zusammengetreten, um u. a. Beschluß zu fassen, über den Entwurf einer Notverordnung, die vom Reichspräsidenten auf Grund des Art. 48 erlassen werden und die das Tragen von Schuß-, Stich- und Hiebwerkzeugen verbietet soll.

Ergebnis der österreichischen Anleihe.

Wien, 25. Juli. Die Anleihe hat sich durch das Zeichnungsergebnis der österreichischen Anleihe alle Erwartungen übertroffen werden. Die Aufnahme, daß von 150 000 000 Schilling 125 000 000 in Sperfrüden gezeichnet wurden, bedeutete einen hervorragenden finanziellen und moralischen Erfolg und lieferte der ganzen Welt den Beweis, daß der Österreichler an sich selbst glaubt. Dadurch wurde das Vertrauen des Auslandes erheblich gesteigert.

Von der Rubeinstadt zu neuen Mästen!

Paris, 25. Juli. Im Reich haben die kausalen Separatisten einen Bericht genehmigt. Dessen übermittelte in einer Versammlung die Abgeordnete der Liga „Galt am Rhein“, eine Frau Dutreb, die Wünsche des französischen Wahlrechtsreformers. Dabei sagte sie, die Separatisten hätten in Deutschland eine Rubeinstadt geschaffen, aber in Frankreich haben sie eine Mutter wieder. Nach dem Gelingen eines Separatistengesetzes hätten die Separatisten vor Begeisterung: „Es lebe Frankreich“, worauf der Bürgermeister von Metz und der Generalrat des Meuse-Departements noch einige Worte sprachen.

Kampf gegen den Kommunismus in Finnland.

Helsingfors, 25. Juli. Die finnische Regierung hat einen Vollzugsbefehl erteilt, dem der Ministerpräsident Einwohnern als Vorzeichen, ferner der Justizminister, der Außenminister und der Landwirtschaftsminister anzuordnen. Aufgabe des Ausschusses ist, eine einheitliche Bekämpfung des Kommunismus in Finnland zu organisieren und ein Arbeitsprogramm für Regierung und Behörden vorzuschlagen, nach dem in der Zeit bis nach den Reichstagswahlen gearbeitet werden soll. Der Ausschuss hat bereits Bericht gegeben, daß er mit allen Mitteln jeden Terror verhinert wird.

Rufow Sowjetbotschafter in Berlin?

Moskau, 25. Juli. Die Sowjetregierung hat bei der Reichsregierung um das Namentliche der ehemaligen Reichsminister des Rats der Volkswirtschaftler der Sowjetunion, Rufow, als Botschafter in Berlin nachgeholt. Seine Ernennung soll Ende August erfolgen. Der bisherige Botschafter Rekrinski wird in allerhöchster Zeit nach Berlin zurückkehren, um dem Reichspräsidenten sein Abschieds schreiben zu überreichen.

Der Friedensschritt bei Gandhi.

Bombay, 25. Juli. Ueber eine vierstündige Unterredung im Verlaufe derer sich zwei Führer der juglichen Partei und der Gandhis befragten, wurde festgestellt, daß Gandhi sich bereit erklärt hat, die Unterredung nachzugehen. Es wurde jedoch für unwahrscheinlich angesehen, daß Gandhi Haltung von der der anderen Kongreßanführer abweicht, die erklärt haben, daß nichts gegeben sei, was irgendwelche Friedensschritte rechtfertigen würde. Außerdem wird betont, daß die juglichen Abgeordneten keine neuen Vorschläge des Friedens überbringen konnten.

Aus der Umgegend

Neuba, 26. Juli.

— Zum Rinderbefreiung Jubiläum. In Ergänzung unseres Berichtes vom Geburtstagjubiläum des Herrn Bernhard Rindhardt veröffentlichen wir noch folgendes: Frau Ida Rindhardt eröffnete im Jahre 1870 als junge Witwe und Mutter dreier Kinder ein Manufakturwarengeschäft. Bei dem Ausbruch dieses Geschäftes wurde sie von ihren beiden Töchtern Ida, der jetzt noch in Neuba wohnenden, heute 74jährigen Frau Göbde, und Anna, der verstorbenen Frau Bernhardt, in Neuba, unermüdet unterstützt. Alle Fertigkeiten, die in dem Geschäft verstanden wurden, waren von den drei Frauen angeerbt, Anfangs, da noch keine Hilfsmittel vorhanden waren, fertigte man Hand, der große Aufschwung, den die Firma Rindhardt gerade in den ersten drei Jahrzehnten ihres Bestehens genommen hat und an den sich manche alten Neubaer aus ihrer Jugendzeit noch erinnern werden, war allein der Pflichttreue und dem Fleiß jener drei Frauen zu verdanken. Deshalb ist es eine Ehrenpflicht der Dankbarkeit, an diesem Jubiläum auch dieser, insbesondere der noch lebenden Tochter der Gründerin, zu gedenken, die das Fundament dieses alten Wohlstandes gelegt haben.

— Gut Schuß! Die heilige Schützenhilfe veranstaltet am Sonntagmorgen gemeinsam mit dem Trügerverein ein Schützenausflug. Bei glühendem Wetter wird das Schießen am Ende im Steindorf, bei unglücklichem Witterung im Schützenausflug stattfinden.

— Turnfest. Alle aus der umliegenden Gegend ersichtlich, begehrt der Arbeiter-Turn- und Sportverein am Sonntag sein 10jähriges Jubiläum, das im jährlichen Sonntags-Prüfungswettbewerb, den die sportliche Veranstaltung haben und dem Turnplatz in Neuba, der für den allgemeinen Besuch geplant wird.

— Jahrestag in Freyburg a. U. Das Jahrestag der Deutschen Turnerfest kommt am 10. August zum 25. Male in Freyburg (Anhalt) zur Durchführung. Die volks-

tümlichen Wettkämpfe sind mit dem 2. Jahrestag als Säbelmannschafkampf zwischen den Sonderklassen der Turnerfest Freyburg, Saal und Thüringen verbunden. Für die Turner des 13. Turnfestes Thüringen findet außerdem noch der Stafelant „Rund um die Bahnhöfe“ statt.

— Vertretertag ehemal. 36er in Giesleben. Der Vertretertag der Vereinigung der Vereine ehemaliger 36er (alt, Meute und Landwehr) findet in diesem Jahre dem 16. bis 18. August in der Zutherstadt Giesleben statt. Der dortige Verein ehem. 36er als festgebender Verein beabsichtigt diese Tage gleichzeitig mit einer Arbeiterfestfeier oder ehem. Angehörigen des Balis zu verbinden. Alle diejenigen, welche dem Ort. Ball. Mel. Reg. Nr. 36 angehört haben und beabsichtigen, an dieser Feier teilzunehmen, wollen ihre Aufträge an den Vorsitzenden in Giesleben, Herrn Staff. Hauptmann, Freyer Weg 96, senden. Auch kann die Festfeier am angefordert werden. Die Regimentsgeschichte des Reserve-Regiments wird vom Vertretertag ausgestellt.

— Strammshimmen des Turnkreises Thüringen. Der Turnkreis Thüringen führt in diesem Jahre sein Strammshimmen am 17. August in Giesleben und Bad Driben durch. Das Strammshimmen geschieht sich in ein Wettkämpfen und ein Jahrestagshimmen für Turner und Turnerinnen. Außerdem sind diesmal auch Jugendliche teilnahmeberechtigt.

Die Antropartie des Altertums- und Verkehrsvereins Kreis Querfurt.

Die für Mittwochabend angekündigt war und als Ziel die Nachbarschaft Altertums hatte, fand Programmatisch statt und erreichte die rege Beteiligung. Von Querfurt kamen die Teilnehmer in drei vollbesetzten größeren Autos, von Neuba, Hohenstein und Wiehe brachte die Bahn eine Anzahl der dem Verein angehörenden Mitglieder herbei, die sich in der Gastfreundschaft der Alten begrüßten und vereinten.

Der prächtige Empfangsal im Rathaus, in dem die Begrüßung seitens einiger Leiter des Altertumsvereins Querfurt vorgenommen war, ergabte zuerst die Benennung der Teilnehmer. Dieser trauere Mann zeigt von vornherein von Helmschleier und Seimantel. Die zahlreichen Stützungen Altertumsbürgerfamilien in Gestalt von bunten Wappensteinen, Wandgemälden und anderen Stoffarbeiten sind ein Beweis, daß in Neuba die Helmschleier nicht nur in Worten, sondern mit der Tat gelebt wird.

Die ersten Worte der Begrüßung sprach der Schriftwart des Altertumsvereins, Herr Engelhardt. Er bekräftigte, daß die Beziehungen Altertums zu Querfurt von altersher herzlich waren und dies auch heute noch. Der Satz der zur Begrüßung stehenden Zeit wurde es ihm zwar nicht möglich, ein erschöpfendes Bild über die vielerlei Bande zu geben, die beide Städte von altersher verbinden, immerhin aber erläuterte die Jubiler einen wertvollen Lebensbild über die gütigsten Beziehungen von einst und jetzt.

Als zweiter Sprecher dem Altertumsverein begrüßte Herrmann Herr Jange über die Geschichte der Stadt Altertums. Er berichtete den Zuhörern die Ergebnisse der bis in die ältere Einzelzeit zurückreichenden Forschungen, die zum Teil mit noch vorhandenen Urkunden belegt werden können. Nach interessanter und insbesondere zu hören, wie doch in früherer Zeit die Jugendschicht ganzes Interesse hat zu diesem, das zu jenen Zeiten gelebt hat, wie sehr eigentlich Land und Leute gewissenshaftig und dankbar waren. Wenn nach unseren Erfahrungen auch heute das jug. Selbstbestimmungsrecht der Bürger nur auf dem Papier steht — früher, in der jetzigen, alten Zeit, war es doch noch schlimmer.

Im Namen der Gäste dankte der Vorsitzende des Verkehrsvereins den Herren vom Altertumsverein für die herzlichsten Begrüßungsworte und für die beiden Vorträge. Auch er bekräftigte die Wertigkeit der guten Beziehungen beider Städte, die insbesondere beide Vereine, der Altertums- und Verkehrsvereins, bisher so hochgehalten haben.

Am Anlaß an die Begrüßung fand unter der Führung des Museumswart Herrn Konrath Thierbach eine Besichtigung des im oberen Geschloß des Rathauses untergebrachtens Museums statt. Ein reiches Schatzkammer darf man diesen Raum mit Recht nennen, an dem der haben wir an Urkunden, geschichtlichen Urnen usw., an alten Münzen, Waffen und vielen anderen Gegenständen, daß der Museumswart ein Meister im Sammeln ist. Wohl mander der Teilnehmer wird den Wunsch haben, bei passender Gelegenheit, wenn der Bericht nicht so sehr ist wie am Mittwoch, mit Herrn Thierbach ein Ständchen in aller Ruhe in einem Altarmstube zu verwellen.

Nach Beendigung des Abendessens übernahm Herr Oberbürgermeister Greif die Führung der Gäste durch die Stadt nach dem Gesehensgebiet, wo Herr Konrath Spangenberg über die Altertums- und Salzflora und Salzflora interessante Aufzählungen gab, auch anhand einer großen Sammlung von im Gesehensgebiet vorkommenden Insekten und Käfer ein prächtiges Anschauungsmittel vorführen konnte. Am die jug. Colonne wurden die Gäste geführt, ein Spaziergang durch das Salzflora und den Friedhof ergabte die Aufmerksamkeit aller und wohl jeder war voller Bewunderung über all das, was Altertums zu bieten vermag, von dem man aber nicht nachtrifft, wenn man allein mit sich geschäftlich zur Stadt kommt.

In diesen Spaziergang schloß sich ein kurzer Aufenthalt im Salinenpark, bei dem dieser und seiner durchwandelte und dabei die reichsten Anlagen bewunderte. Die Zeit war heiter aber nicht zu früh und nicht zu spät; diejenigen, die mit der Bahn gekommen, mußten zum Bahnhof gehen, die anderen begaben sich wieder zur Stadt, wo an dem Marktplatz die Autoführer auf sie warteten. Der größere Teil fuhr dann auch ab, nur einige glaubten zur Nacht noch kommandiert zu sein, sie hielten etwas länger an und — sie hatten wohl nicht aus der höchsten Genuß der Partie. Wir wollen durchaus nicht aus der Schule schwanken, aber loviel darf wohl gesagt werden, daß auch in Altertums ein mitternächtigen Stunde Mittag von der Gemütsfreiheit zu finden sind.

— Gauda. Der neue Schiffsland am Ort-Obenborf-Weg, Bauherr: Maurermeister Karl Schögel, geht jetzt seiner Vollendung entgegen. Er darf wohl als mitternächtigen und schöner Stand in der ganzen Umgegend angesehen werden. Jezt Schiffsland hat er aufzunehmen. Die Einweihung findet zum 100jährigen Jubiläum der Schiffslandgesellschaft, verbunden mit dem 9. Gauhelfest, am 16. August statt. Dieses fest und der neue Schiffsland wird hier jeder Schützen aus der Umgegend nach Neuba laden, gilt es doch, daß jede dem Gau angehörige Schiffslandgesellschaft für sich den besten Schützen (Gauhelfest) abholt.

— Neuba. Am Montag nachmittag wurde der 10jährige Bau der Station Neuba — Ziegenhof zum Zuge überfahren, kurz nachdem der Zug die Station Neuba verlassen hatte. Dem Zungen, der schwere Verletzungen am ganzen Körper davon-

Olympia



GEBHARDT-BERLIN

Olympia · Korrespondenz · Schreibmaschine
Buchungsmaschine mit Rechenwerk »Saldomat«

EUROPA SCHREIBMASCHINEN A.G.

Fabrik und Verkaufsbüro:

ERFURT

Mainzerhofplatz 13

Fernsprecher: Erfurt 4620-23

BÜROS:

BERLIN N 24, Friedrichstraße 110-112 (Haus der Technik); Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 88-90; DORTMUND, Südwall 29; DRESDEN, Neustädter Markt 11; DÜSSELDORF, Wilhelmplatz 12; ERFURT, Mainzerhofplatz 13; FRANKFURT a. M., Friedensstraße 2; HAMBURG, Kaiser-Wilhelm-Straße 25-31; HANNOVER, Am Schiffgraben 15; KÖLN, Weißenburgstraße 78 (Ecke Reichenspergerplatz); LEIPZIG, Nicolaistraße 10, II; MAGDEBURG, Otto von Guericke-Straße 11; MANNHEIM, Q 7, 23; MÜNCHEN, Kaufinger Straße 3 (Roman Mayrhaus); NÜRNBERG, Lorenzer Platz 12, III; STUTTGART, Tübinger Straße 33

Verlangen Sie von unserem nächsten Büro Aufgabe des für Sie zuständigen Bezirksvertreters

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Verlagspreis für einen Monat. Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wih. Sauer in Köpchen.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22532

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reflektiert 20 Pf. Einigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 88

Sonnabend, den 26. Juli 1930

43. Jahrgang

Um die Durchführung der Öffihilfe.

Verhandlungen zwischen Reich und Preußen.

— Berlin, 24. Juli.

Zwischen den Reichsregierungs- und den Preussischen Staatsverwaltungen fanden Verhandlungen über die Durchführung der Öffihilfe statt. Es sind eine Reihe von Klärens aufgestellt worden, über die eine Einigung herbeigeführt werden muß, und zwar wird u. a. erörtert,

den Vollstreckungsbereich

allein durchzuführen. Es wird erörtert, den Vollstreckungsbereich über die bisher in die Öffihilfe einbezogenen Gebiete nach weislich auszudehnen. Das wäre ein sehr gefährlicher Plan, insbesondere dann, wenn der Vollstreckungsbereich allein durchgeführt wird, ohne daß die Betriebsleistungen und die Umschuldungskredite wirksam werden.

Bei den Umschuldungsverhandlungen ist mehrfach darauf hingewiesen worden, daß alle Maßnahmen ein Ganzes bilden müssen und daß beträchtliche Einzelmaßnahmen eher eine Gefährdung als eine Hilfe für die betroffenen Distrikte bedeuten.

Bei den Umschuldungsverhandlungen muß die finanzielle Frage noch geklärt werden, und zwar will man hier zu weitgehenden auf die noch offenen Kredite der Provinz. Das ist aber nur möglich, wenn Preußen und die Provinz sich an der Aktion gleichfalls beteiligen. Die Provinz Dispreußen hat sich aber als schuldlos erwiesen, und es wird deswegen die Hilfe von der Preussischen Staatsregierung erwartet. Mit der Rentenbank-Kreditanstalt ist Fühlung genommen worden, damit die Kredite beschafft werden können.

Auf Grund des Art. 48 läßt sich die finanzielle Frage aus begründeten Gründen nicht lösen, da die Banken einer solchen Regelung wenig Vertrauen entgegenbringen würden. Auch die Abwicklung kann auf Grund des Art. 48 nicht erledigt werden, da es kaum Schwierigkeiten machen, die auch jetzt notwendige Einigung der Landstellen vorzunehmen, da ja diese Stellen an sich nicht existieren.

Neben dem Vollstreckungsbereich wird es dann aber auch notwendig sein, die Kleinbauern-Kredite weiterzuführen und die Förderung der Antiquarität fortzusetzen. Dies erfordert müssen von der benötigten 15 Millionen für Kleinbauern-Kredite die noch fehlenden 6 Millionen den deutschen Kleinbauern im Osten zur Verfügung gestellt werden.

Reichsfonds und Länderinteressen.

Die Verwendung zu Kulturzwecken.

— Berlin, 25. Juli.

Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Gesamtschau über die Verwendung der von der Reichsregierung verwalteten Fonds vorgelegt, an deren Verteilung die Länder ein Interesse haben. Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß

zur Förderung der Kulturentwicklung

im Jahre 1929 320 000 Mark gezahlt wurden, zur Förderung der künstlerischen Handwerkskunst 50 000 Mark. An wissenschaftliche Institute sind 228 000 Mark gezahlt worden. Weitere Summen wurden

für wissenschaftliche Einzelaufgaben

zur Verfügung gestellt. Im besonderen sind Zuwendungen geleistet worden für die Deutsche Orient-Gesellschaft zur Bearbeitung der Ergebnisse der mesopotamischen Ausgrabungen sowie für die deutsche Landesgruppe der Internationalen Studiengesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftschiff.

Für künstlerische Bestrebungen

von allgemeiner Bedeutung wurden 164 000 Mark zur Verfügung gestellt, an künstlerische Verbände und Berufswahlverbände rund 100 000 Mark. Schutz- und Erziehungszwecke erforderten 124 000 Mark, zur Volkshilfsbildung wurden 68 000 Mark zur Verfügung gestellt, und 190 000 Mark dienten zur Unterstützung von Sonderlehrgängen zur Förderung Begabter außerhalb der üblichen Bildungsgänge. Eine Summe Reichs- und Landesverbänden ist aus dem Fonds in Höhe von 1 Million Mark

zur Förderung des Turn- und Sportwesens

unterstützt worden, darunter der Bund Freier Sozialistischer Jugend, der Verein Deutscher Pfadfinderinnen, der Verein Marinejüngend Vaterland, ein Deutscher Republikanischer Pfadfinderverband, ein Bund Jungdeutschland, Deutsche Jugendkraft, ein Verband Eichenring, ein Bund Jungdeutschland, insgesamt eine Fülle von Verbänden, die die Jugendförderung innerhalb der deutschen Jugend deutlich aufzeigt. Zur Beförderung der

Notfälle der deutschen Kunst

wurden 225 000 Mark ausgeworfen. Zur Unterstützung der Erhaltung von Bauwerken von geschichtlicher Bedeutung wurden 400 000 Mark gezahlt. Es wurden u. a. bebaut die Dome in Köln, Münster, Regensburg, Balleu, Speyer und Worms und die Münster in Ulm und Freiburg. Außerdem die St.-Lorenz-Kirche in Nürnberg und der Zwinger in Dresden.

Größere Ausgaben auf sozialen Gebieten hat dann das Reichsarbeitsministerium aus seinem Fonds geleistet. Das Ernährungsmittelministerium stellte u. a. zur Verfügung 3 Millionen Mark für das landwirtschaftliche Forschungsarbeiten.

An den Gemälde-Kulturfilm wurden aus diesem Fonds 1.4 der gezahlt zur Herstellung eines Dokuments über die Zukunft des deutschen Acker- und Wiesensodens. Als Beihilfe zur Förderung der bäuerlichen Wirtschaftsbildung und zur Einrichtung von Versuchsringen wurden 1.9 Millionen Mark gezahlt.

Die Notmaßnahmen des Reiches.

Ein Interview Dr. Brüning's.

— Berlin, 25. Juli.

Reichsminister Dr. Brüning hat dem Berliner Vertreter der „New York Times“, Herrn Embert, Ausführungen für sein Blatt zur Verfügung gestellt, denen wir folgendes entnehmen:

Die angepannte Finanzlage des Reiches, die die parlamentarischen Kämpfe der letzten Monate veranlaßt, ist in erster Linie durch

die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise bedingt. Die geschätzten Einnahmen des Reichshaushaltes werden nicht erreicht, die Ausgaben aber, im wesentlichen durch die Beiträge des Reiches zur Arbeitslosenversicherung, gesteigert. Die Reichsregierung hält fest an der Notwendigkeit der unangenehmen Sanierung der Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden und an der Tilgung der schwebenden Schuld im geschäftlich festgelegten Umfang.

Diese Politik ist für Deutschland eine Schicksalsfrage. Durch die Vielzahl der deutschen Parteien ist es erfahrungsgemäß immer sehr schwer, eine völlige Übereinstimmung über die Einzelheiten zu erzielen, da fast jede Partei ihre Zustimmung abhängig macht von Zugeständnissen der Regierung gegenüber ihren besonderen Wünschen, die von anderen Parteien aber umso härter abgelehnt werden.

Deshalb war die Reichsregierung gezwungen, alle Möglichkeiten der Verzögerung auszunutzen, um das Gleichgewicht des Reichshaushaltes unter allen Umständen zu lösen. Sie hat dabei zu dem Art. 48 der Reichsverfassung gegriffen, über den jedoch im Ausland keine Klagen bestehen. Jeder Staat kennt ein Notstandsrecht. Der Art. 48 der Reichsverfassung gibt ihm für das Reich seine Form. Mit den Theorien der Diktatorabhängigkeit hat er nicht das geringste zu tun.

Der Art. 48 ist häufig vom Präsidenten Ebert auch in weniger wichtigen Fällen und in Gegenwart des Reichstages angewandt worden. Auch die Bestimmungen der übrigen deutschen Verträge können ähnliche, allerdings klarere Bestimmungen.

Die Reichsregierung hat — genau im Geiste der Verfassung — ihre Notverordnungen unverzüglich dem deutschen Reichstag vorgelegt und sie aufgehoben, nachdem eine Mehrheit des Reichstages dies verlangt hatte. Sie hat nun, entsprechend den großen Prinzipien eines demokratischen Staates, an das Volk appelliert, um sein Urteil einzufordern.

Sie wird in der Zwischenzeit zur Sicherung der Finanzen unverzüglich dem Reichspräsidenten Vorschläge zu einer neuen Notverordnung unterbreiten, die dem nach den Bestimmungen der Verfassung zu wählenden und zusammenzurufenden Reichstag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Konservative Volkspartei.

Einigung zwischen Westarp und Treitschke.

— Berlin, 25. Juli.

Die Verhandlungen der aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgestreuten Abgeordneten und der Konservativen Vereinigung haben zu einer völligen Einigung und zur Gründung der Konservativen Volkspartei geführt.

Die neue Partei tritt mit einem Gründungsauftrag an die Öffentlichkeit. Die Zeitung hat ein Aussehen übernommen, das aus den Worten *S a b e r m a n n*, von *S a m e t e*, von *U e l l a u - B o r s t e* und *E m b e r t - W i d a n*, Dr. *N a d e m e y e r* und *T r e i t s c h k e* besteht.

In dem Gründungsaufruf der neuen Konservativen Volkspartei heißt es u. a.: Die Deutschnationale Volkspartei hat den wirksamen Eintrag konservativer Kräfte verbunden und droht, die Herrschaft der Linken zu einer dauernden zu machen. Wir lassen deutsche Volkstraft nicht verkommen und damit die Voraussetzung innerer und äußerer Befreiung.

Unser Staat soll wieder ein wahrhafter Staat werden. Hierzu müssen in der Staatsführung konservative Kräfte so zur Geltung kommen, daß der Staat fähig wird, im Kampf um die deutsche Freiheit in der Welt den gesammelten Freiheitswillen einer geübten Nation einzuleihen. Deshalb rufen wir auf zur Gründung der Konservativen Volkspartei.

Treitschke voraussichtlich der Führer.

Wie Graf Westarp erklärt, gehört er dem engeren Vorstand der Konservativen Volkspartei auf seinen eigenen Wunsch nicht an, sondern nur dem weiteren Vorstand der neuen Partei. Diese Mitteilung ist, wie er ausdrücklich betont, auf seinen eigenen Wunsch erfolgt, um sich der Aufgabe der Sammlung der konservativen Elemente und insbesondere der engen Zusammenarbeit zwischen Landvolkspartei und Konservativer Volkspartei widmen zu können. Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß Graf Westarp

die Führung der neuen Partei nicht übernommen hat. Zum Führer der Partei wird voraussichtlich der Reichsminister Treitschke gewählt werden.

Landvolkspartei!

Eigene Kandidaten des Landbundes.

— Berlin, 24. Juli.

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat eine Entschließung gefaßt, in der es heißt: „Die Landwirtschaft kann und will es nicht mehr ertragen, daß sie das Opfer der Parteienpolitik in sich ungenügend und zur Übernahmung der Verantwortung unfähigen politischen Parteien wird.“

Der Bundesvorstand des Reichslandbundes hat deshalb beschlossen, unter Berufung auf die von der bisher geübten Methode, für die kommenden Wahlen seine Mitglieder aufzuführen, der Sammelparole des Reichslandbundes zu folgen und, soweit es die örtlichen Verhältnisse zulassen, einzutreten für die Wahl auf Landvolkpartei in allen Provinzen und Städten. Nach wie vor bleibt die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Landvolkorganisation gegenüber jedem Parteigebilde oberstes Gebot!

Wenn das deutsche Landvolk unter seiner eigenen Führung in den Wahlenpartei marschieren, so will es dabei nicht neue Zerplitterung, sondern Stärkung aller Kräfte, die im Kampf für die von Hindenburg gewiesenen Ziele in einer Front stehen.“

Wie wir erfahren, wird der Beschluß des Reichslandbundes, eigene Landvolkpartei aufzustellen, in parlamentarischen Kreisen als entscheidend angesehen für das Schicksal der sogenannten „Großen Koalition“, von deren Bildung in den letzten Tagen (sowie die Rede war). Eine Dankschuldenerklärung zwischen Land- und Stadtpartei wird nunmehr als ausgeschlossen betrachtet. Die neue Landvolkpartei wird umfassen die Christlichnationalen Bauern und die Gruppe „Schleier-Röhliggen“ und wird voraussichtlich alle Vertreter des Landvolkes, die bisher bei anderen Parteien Untertan fanden, an sich ziehen. Man spricht in diesem Zusammenhang auch davon, daß von Keudell zu den Christlichnationalen Bauern übergehen will.

Der Beschluß, den der Bundesvorstand des Reichslandbundes am Dienstag gefaßt hat, bringt keine Überraschung, aber er bestätigt die Erwartung, daß die deutschnationale Gruppe Hugenberg im Wahlkampf von dieser Seite keine Unterstützung zu erwarten hat. Der Reichslandbund erstreckt die Bildung einer großen, in sich geschlossenen Agrarpartei und fordert zur Unterstützung der Landvolkpartei auf. Der Reichslandbund selbst betont, daß er seinen Charakter als berufständliche Organisation beibehalten und nicht selbst Partei werden will. Für die parteimäßige Eröffnung der Kreise, deren Sammlung er sich zur Aufgabe macht, kommt also wohl in erster Linie die Christlich-nationale Bauern- und Landvolkpartei in Frage. Lieber die Aufnahme einer Verbindung zu den anderen Gruppen der deutschnationalen Selbsthilfsgemeinschaften macht der Aufbruch des Reichslandbundes noch keine Annahmen über die genaue Form dieses Auftrufs

wirft die Möglichkeit den Kreis herabzuziehen Partei schließlichen Gebilde könnte eher neue Gebilde entwerfen und diese konservative, werden sich und den

Juni 1930.

Am 24. Juli.

Am 24. Juli, 1930, die im Juni 1.1 gegenüber 5.6 Millionen Mark im Mai betragen, sind im Juni an Lohnsteuer 5.6 Millionen Mark mehr aufkommen als im Mai. Aus der Steuerabzug vom Kapitalertrag erbrachte im Juni 5 Millionen Mark mehr als im Mai. Die Einnahmen aus den übrigen Zölle- und Verbrauchssteuern weichen nur unbedeutend von denen im Mai ab.

In Zölle- und Verbrauchssteuern sind im Juni 8.3 Millionen Mark mehr aufkommen als im

